

Anfrage über die massive Strompreiserhöhung durch die CKW

eröffnet am 8. September 2008

Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, dass wir auf eine rezessive Phase hinsteuern. Solchen negativen Entwicklungen für Wirtschaft und Beschäftigung gilt es Gegensteuer zu geben. Ganz entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Rohstoff- und Energiepreise. Insofern ist es schwer nachvollziehbar, dass die CKW AG einen Strompreisaufschlag von durchschnittlich 18,3 Prozent angekündigt hat.

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Kanton Luzern ist mit einem Anteil von 9 Prozent nach wie vor ein namhafter Einzelaktionär der CKW. Die CKW gehört umgekehrt der Axpo; die Axpo ihrerseits gehört den Kantonen Zürich, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Glarus und Zug. Aus dieser eigentumsrechtlichen Situation heraus stellt sich die Frage, welches Interesse die öffentliche Hand an massiven Preisaufschlägen im Strombereich hat. Die Kantone profitieren wohl durch höhere Gewinnausschüttungen der Axpo und ihren Beteiligungen, schneiden sich aber ungleich tiefer ins eigene Fleisch, wenn das Wirtschaftswachstum abgewürgt wird und dadurch das Steuervolumen sinkt. Auch muss der Staat in einer rezessiven Phase alles unternehmen, nicht selber noch als «Preistreiber» zu wirken und dadurch die Arbeitslosigkeit zu beschleunigen. Wie stellt sich der Regierungsrat zu diesen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten, bzw. wie versucht er, Gegensteuer zu geben?
2. Der Strompreisaufschlag wird seitens der Produzenten primär mit der Strommarktöffnung (sprich Marktliberalisierung) erklärt. Die FDP steht für den freien Wettbewerb ein, bloss sind die Folgen daraus Konkurrenzvergleiche, sinkende Preise, und vor allem soll es möglich sein, einen Anbieter ohne grossen Aufwand wechseln zu können. Diese Situation scheint aber im Strommarkt (noch) nicht gegeben, weshalb das Argument der Marktöffnung auch nicht verstanden wird. Im Gegenteil, die CKW bestimmt als Monopolistin ungleich hohe Tarife für ihre 130 000 Kunden, wovon einmal mehr die ländlichen Regionen zusätzlich belastet werden. Eine freie Wahl des Stromanbieters ist nur Grosskunden (über 100 000 kWh Jahresverbrauch) möglich (zum Vergleich: Ein Privathaushalt weist einen Jahresverbrauch von zirka 4500 kWh auf). Private können den Stromanbieter frühestens ab 2014 frei wählen. Wie stellt sich der Regierungsrat zu dieser ungleichen Belastung/Behandlung der Landschaft und dem unzutreffenden Argument der Strommarktliberalisierung für die höheren Preise?

3. Die Preisaufschläge des Stromversorgers Energie Wasser Luzern (EWL) fallen mit «moderaten» 8,5 Prozent mehr als die Hälfte niedriger aus als bei der CKW. Das «letzte Wort» bei den Strompreiserhöhungen hat nun noch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) als Regulationsbehörde, welche sich aber nicht vor Ende Jahr zu den Preisaufschlägen der CKW äussern wird. Die Swissgrid hat ursprünglich für die Nutzung von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde gesprochen, will nun aber 0,9 Rappen pro Kilowattstunde erheben und tritt damit zusätzlich als «Preistreiberin» auf. Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, wofür diese Gebühr erhoben und zu welchen Zwecken das Geld verwendet wird. Die CKW spricht im Zusammenhang mit der Swissgrid von Mehrkosten von 67 Millionen Franken. Worin liegt der Gegenwert dieser Abgabe, und wer profitiert mit welchen Leistungen davon? Welche Massnahmen/Einflussnahme gedenkt die Luzerner Regierung via Swissgrid einzuleiten, und hat sie Einsprachemöglichkeiten, damit der Strompreisaufschlag moderater ausfallen wird?
4. Die CKW verfolgt eine Informationsstrategie, wonach die Umstände als «gegeben» zu betrachten sind, obwohl die Aufschläge, beispielsweise im Vergleich zum Stromversorger EWL, ungleich höher ausfallen. Die CKW kündigt im gleichen Atemzug an, dass die Preise in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Gleichzeitig wirkt die Ankündigung der CKW befremdend, die Aufschläge insofern «dämpfen» zu können, da bei der CKW ein grosser Teil der Energie aus Eigenproduktion stamme. Neben dem überproportional grossen Preisanstieg und der Ankündigung weiterer Erhöhungen quasi «auf Vorrat» werden Zeichen gesetzt, die inflationstreibend und wirtschaftshemmend wirken können. Als Folge einer Rezession geht auch der Energieverbrauch zurück und damit die Nachfrage, was sich auf tiefere Preise auswirkt. Welchen Einfluss kann in dieser Beziehung die Regierung bzw. der Kanton Luzern als Grossaktionär einnehmen bzw. in welchem Rahmen wird sie bei CKW, Axpo und Swissgrid intervenieren?

Haessig Dieter

Wassmer Stefan

Tüfer Peter

Lang-Iten Heidi

Luternauer Guido

Widmer Herbert

Bucher Guido

Pfäffli-Oswald Angela

Fuchs Leo

Küng Robert

Durrer Guido

Meier-Schöpfer Hildegard

Zimmermann Toni

Keller Irene

Forster Christian

Stöckli Beat

Bitzi Hermann

Achermann Bruno

Langenegger Josef

Schilliger Peter